

Sebastian Ernst

Die Begrenzung von Versorgungsrisiken der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung



Nomos

Studien zum Arbeitsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Georg Caspers, Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Richard Giesen, Universität München

Prof. Dr. Matthias Jacobs, Bucerius Law School, Hamburg

Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Horst Konzen, Eltville

Band 34

Sebastian Ernst

Die Begrenzung von Versorgungsrisiken der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Erlangen, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6326-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-0425-0 (ePDF)

D29

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Diese Studie entstand berufsbegleitend neben meiner Tätigkeit als Jurist und Rechtsanwalt. Bei der Erstellung der Arbeit konnte ich von den praktischen Erfahrungen profitieren, die ich durch die Auseinandersetzung mit dem Thema in meiner täglichen Arbeit gewonnen habe.

Die Arbeit lag der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als Dissertation zur Begutachtung vor. Literatur und Rechtsprechung sind bis September 2019 berücksichtigt. Für die hervorragende wissenschaftliche Betreuung und Erstbegutachtung dieser Arbeit danke ich Herrn Professor Dr. Georg Caspers. Herrn Professor Dr. Steffen Klumpp gilt mein Dank für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Mein Dank gebührt auch Herrn Professor Dr. Martin Diller für einen wertvollen Denkanstoß, der zur Themenfindung beitrug. Der Dank an mein persönliches Umfeld für Geduld und Unterstützung soll der handschriftlichen Widmung vorbehalten bleiben.

Ludwigsburg, Oktober 2019

Dr. Sebastian Ernst

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
§ 1. Einführung in das Thema	23
A. Gegenstand der Untersuchung: Originäre Begrenzung von Versorgungsrisiken	24
B. Abgrenzung zur rückwirkenden Risikobegrenzung	25
§ 2. Rechtstatsächlicher Rahmen	27
A. Verbreitung und wirtschaftliche Bedeutung der Hinterbliebenenversorgung	27
B. Begriff und Motivlage der Risikobegrenzung	28
I. Einzugehende Risiken und ihre Kalkulierbarkeit	28
II. Begründungsansätze für risikobegrenzende Gestaltungen	30
1. Stabilisierungsargument	30
2. Allokationsargument	32
a. Orientierung am Versorgungsbedarf oder am Versorgungsinteresse	32
b. Begrenzung auf Erwerbsgemeinschaften	33
aa. Statistische Bedeutung von Erwerbsgemeinschaften	34
bb. Die Erwerbsgemeinschaft als Verteilungsmotiv	34
(1) Honorierungscharakter	35
(2) Nachteilsausgleich	35
3. Administrations- und Willkürargument	36
C. Flankierende Interessenlage weiterer Parteien	36
I. Durchführungswege und Insolvenzsicherung	37
II. Zusageempfänger- und Allgemeininteressen	37
III. Zielkonflikt mit Gegeninteressen	39
1. Interesse des Hinterbliebenen und des Zusageempfängers	40
2. Gesellschaftspolitische Interessen	41
D. Rechtliche Bedeutung der Motivlagen	42

Inhaltsverzeichnis

§ 3. Rechtliche Grundlagen der Hinterbliebenenversorgung und ihrer Begrenzung	44
A. Rechtsnatur	44
I. Vertrag zu Gunsten Dritter, §§ 328, 331 BGB	44
II. Eingeschränkter Entgeltcharakter der Hinterbliebenenversorgung	46
III. Abgrenzung von sonstigen Leistungen	47
B. Rechtlicher Rahmen der Versorgungszusage	48
I. Hinterbliebenenversorgung als freiwillige Leistung	48
1. Grundsatz und Reichweite der Privatautonomie bei Erteilung der Zusage	49
2. Regel-Ausnahme-Verhältnis von Risikobegrenzung und Klauselkontrolle	50
3. Zwischenfazit	51
II. Konfliktfelder von übergeordneter Bedeutung	52
1. Grundsatz der Unverfallbarkeit, § 1b Abs. 1 BetrAVG	52
2. Prinzip der Wertgleichheit, § 1 Abs. 2 Nr. 3 BetrAVG	55
3. Diskriminierungsverbote des AGG	55
a. Verhältnis zum Betriebsrentengesetz	56
b. Persönlicher Anwendungsbereich in der Hinterbliebenenversorgung	57
aa. Schutz von Organmitgliedern	57
bb. Kein unmittelbarer Schutz von Hinterbliebenen	59
c. Verbot der Altersdiskriminierung	60
aa. Gerechtfertigte unterschiedliche Behandlung, § 10 AGG	61
(1) Anwendbarkeit des § 10 S. 3 Nr. 4 AGG auf die Hinterbliebenenversorgung	61
(2) Notwendigkeit einer Verhältnismäßigkeitsprüfung im Rahmen von § 10 S. 3 Nr. 4 AGG aufgrund überschießender Richtlinienumsetzung?	68
(3) Verhältnis zum primärrechtlichen Verbot der Altersdiskriminierung, Art. 21 GRC	73
(4) Grundrechtskonforme Auslegung des § 10 S. 3 Nr. 4 AGG	74
(5) Risikobegrenzung als legitimes Ziel i.S.v. § 10 S. 1 AGG	76

(6) Kein legitimes Ziel ist die Begrenzung auf Erwerbsgemeinschaften	79
(7) Zwischenergebnis	80
bb. Gerechtfertigte positive Maßnahmen, § 5 AGG	81
(1) Abbau faktischer Ungleichheiten in der sozialen Wirklichkeit	81
(2) Verhältnismäßigkeitsprüfung	83
(3) Zwischenergebnis	83
cc. Tatbestandlicher Ausschluss mittelbarer Diskriminierungen	84
dd. Zwischenergebnis	86
d. Verbot der Geschlechtsdiskriminierung	86
e. Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität	87
aa. Erfordernis einer vergleichbaren Situation zur Ehe	88
bb. Rückwirkungsfragen	89
cc. Keine Rechtfertigungsmöglichkeit	92
dd. Zwischenergebnis	92
f. Sonstige Diskriminierungsverbote	93
g. Rechtsfolge von Verstößen, § 7 Abs. 2 AGG	94
h. Ergebnis	95
4. Gebot der Entgeltgleichheit, Art. 157 AEUV	96
a. Horizontale Wirkung	96
b. Hinterbliebenenversorgung als Entgelt i.S.d. Unionsrechts	97
c. Rechtfertigung von Verstößen	98
d. Ergebnis	101
5. Diskriminierungsverbot aus § 3 „oder“ § 7 EntgTranspG	101
6. Grundrechte	103
a. Mittelbare Drittwirkung in die Hinterbliebenenversorgung	103
b. Sonderfall: öffentlicher Dienst	105
c. Schutz von Ehe und Familie	106
aa. Kein Eingriff in grundrechtsrelevante Positionen	106
bb. Keine (ausfüllbare) Lücke in der Privatrechtsordnung	108
cc. Zwischenergebnis	110

Inhaltsverzeichnis

d.	Gleichheitsgebot	111
aa.	Anwendbarkeit im Wege mittelbarer Drittwirkung	111
bb.	Inhaltliche Anforderungen aus dem Gleichheitssatz	112
e.	Ergebnis	114
7.	Generalklauseln des bürgerlichen Rechts, §§ 138, 242 BGB	114
8.	AGB-Recht	115
a.	Anwendbarkeit	115
b.	Reichweite der Inhaltskontrolle	116
c.	Prüfungsmaßstab der Inhaltskontrolle	119
d.	Ergebnis	120
9.	Allgemeiner arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	120
a.	Anwendungsbereich in der Hinterbliebenenversorgung	121
b.	Begrenzung anhand von sachlichen Differenzierungskriterien	122
c.	Ergebnis	123
10.	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	123
a.	Personelle Reichweite	124
b.	Sachlicher Umfang der Mitbestimmung	124
c.	Ergebnis	127
11.	Gebot der Behandlung nach Recht und Billigkeit im Betrieb, § 75 Abs. 1 BetrVG	128
a.	Personeller Anwendungsbereich in der Hinterbliebenenversorgung	128
b.	Rechtfertigungsmöglichkeiten	129
c.	Rechtsfolge von Verstößen	131
d.	Ergebnis	133
12.	Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung	133
III.	Auslegungs- und Kontrollmaßstab der einzelnen Rechtsbegründungsakte	134
1.	Individualzusagen	135
a.	Ausgehandelter Einzelvertrag	135
b.	Sonstige aktive Individualzusagen	136
c.	Passive Formen der Individualzusage	137
2.	Kollektivverträge	137
a.	Tarifvertrag	138

b. Betriebs- und Dienstvereinbarung	139
c. Vereinbarung nach § 28 SprAuG	141
§ 4. Maßstäbe für die Überprüfung anspruchsbegrenzender Klauseln	142
A. Vorschläge zur Systematisierung in der Literatur	142
B. Kritische Analyse	143
I. Auslegung und Rechtsklarheit	143
II. Inhaltliche Überprüfung in drei Schritten	144
III. Konkretes Vorgehen bei der Überprüfung anhand von wertenden Maßstäben	144
IV. Vorgeschlagenes Prüfungsraster (Ergebnis)	146
§ 5. Risikobegrenzung durch Vertragsgestaltungen im Einzelnen	147
A. Pauschale Begrenzungen	147
I. Begrenzungen ohne Bezug zur Hinterbliebeneneigenschaft	148
II. Höhe der Hinterbliebenenrente	148
1. Bemessung an der Stammrente	148
2. Große und kleine Witwenrente	149
B. Kreis der Anspruchsberechtigten	150
I. Regelungstechnik	151
II. Unbestimmter Begriff der Hinterbliebenen	151
1. Keine gesetzliche Definition	151
2. Unschärfe des Begriffs	152
3. Keine Anleihen aus anderen Rechtsgebieten	153
4. Eingrenzung im Lichte des Versorgungszwecks	156
5. Ergebnis	157
III. Typisierende Bestimmung	158
1. Keine gestalterischen Einschränkungen beim Zeitpunkt der Beurteilung	158
2. Ehegatten	161
a. Auslegung des Begriffs bei Scheidung der Ehe	161
b. Differenzierung von Witwen- und Witwenrente	163
3. Eingetragene Lebenspartner	164
a. Gleichstellung und Anpassungspflicht für Zusagen ab dem 14. August 2006	165
b. Rechtslage für Zusagen vor dem Stichtag	165
aa. Keine Ergänzung im Wege der Auslegung	166
bb. Keine Anpassungspflicht nach § 313 Abs. 1 BGB	167

Inhaltsverzeichnis

cc. Keine verfassungsrechtliche Anpassungspflicht	168
c. Ergebnis	169
4. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	169
a. Keine Pflicht zur Zusage der Hinterbliebenenversorgung an außereheliche Lebensgefährten	169
b. Sonderfall: Konflikt freiwilliger Zusagen trotz bestehender Ehe des Zusageempfängers	171
5. Kinder	172
a. Starre Altersgrenzen	173
b. Nachbildung gesetzlicher Unterhaltspflichten	175
c. Koppelung an den Bezug von Kindergeld	176
d. Beschränkung auf Kinder im gleichen Haushalt	176
e. Beschränkung auf unverheiratete Kinder	177
f. Gleichstellung unehelicher Kinder	178
6. (Nicht-)Einbeziehung sonstiger Personen	181
IV. Blankettzusage	182
V. Namentliche Benennung	184
C. Differenzierung nach Art und Zeitpunkt des Todesfalles	185
I. Differenzierung nach dem Todeszeitpunkt	186
1. Keine Unterscheidung von Aktiventod und Anwärtertod	186
2. Begrenzung auf den Anwärtertod	187
3. Begrenzung auf den Rentnertod	188
II. Ausschluss bei Suizid, sog. Freitodklausel	190
1. Leistungsausschluss kraft Gesetzes, § 161 VVG	191
2. Leistungsausschluss kraft Gestaltung in übrigen Fällen	193
III. Ausschluss bei Herbeiführung des Versorgungsfalles durch den Hinterbliebenen, Fremdtötungsklausel	194
1. Leistungsausschluss kraft Gesetzes	195
2. Leistungsausschluss kraft Gestaltung	197
IV. Begrenzung auf betriebsnah verursachte Todesfälle	199
D. Klauseln mit Bezug zur Ehe des Zusageempfängers	200
I. Scheidungsklausel	201
1. Wirksamkeit der Gestaltung	201
2. Kollision mit dem Versorgungsausgleich	202
3. Ergebnis	203
II. Leistungsausschluss bei Getrenntleben	203
1. Getrenntleben während der Ehe	203
2. Keine Notwendigkeit einer Mindesttrennungsdauer	205

3. Vereinbarkeit mit dem Versorgungsausgleich	207
4. Ergebnis	207
III. Entbehrlichkeit eines Polygamievorbehalts	207
IV. Ausschluss beim Verdacht der Versorgungsehe	209
1. Transparenzmängel	209
2. Prozessuale Probleme	210
V. Altersabstandsklausel	211
1. Streitstand	211
2. Vereinbarkeit mit dem AGG	213
a. Unmittelbare oder mittelbare Ungleichbehandlung	213
aa. Begründung über Anknüpfung an das „relative Alter“	213
bb. Rechtsprechung des BAG	215
cc. Zwischenergebnis	216
b. Keine mittelbare Diskriminierung wegen des Alters	217
c. Hilfsweise Rechtfertigung einer unmittelbaren Ungleichbehandlung wegen des Alters	218
d. Keine mittelbare Diskriminierung wegen des Geschlechts	219
3. Ergebnis	220
VI. Spätehenklausel	220
1. Heirat nach Vollendung eines bestimmten Lebensalters	220
a. Streitstand	221
b. Unmittelbare Benachteiligung wegen des Alters	222
c. Rechtfertigung	223
aa. Rechtfertigung nach § 10 S. 3 Nr. 4 AGG	223
(1) Legitimes Ziel	224
(2) Verhältnismäßigkeit	225
bb. Keine Rechtfertigung als positive Maßnahme i.S.v. § 5 AGG	229
d. Zwischenergebnis	229
2. Spätehenklausel ohne direkten Bezug zum Alter	230
a. Eheschließung nach vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis	230
b. Eheschließung nach Eintritt des Erstversorgungsfalles	231
3. Keine Notwendigkeit einer Härtefallregelung	233
4. Ergebnis	234
VII. Mindestdauer der Ehezeit	234
1. Wirksamkeit der Gestaltung an sich	235

Inhaltsverzeichnis

2. Angemessene Mindestehedauer	237
3. Ergebnis	239
VIII. Mindestalter des Ehegatten, Altersbegrenzungsklausel	239
1. Kein Konflikt mit dem Verbot der Altersdiskriminierung	239
2. Keine Notwendigkeit einer Härtefallregelung	241
3. Schlussfolgerung	241
E. Begrenzung von Überversorgung	242
I. Haupternährerklausel	242
1. Bestimmtheitsmängel	242
2. (Un-)Wirksamkeit der Gestaltung im Übrigen	243
a. Ungleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten	243
b. Mittelbare Diskriminierung wegen des Geschlechts	244
c. Rechtfertigungsgründe	244
3. Ergebnis	247
II. Wiederverheiratungsklausel	247
1. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken	248
2. Vereinbarkeit mit dem Versorgungsausgleich	248
3. Unbeachtlichkeit von Versorgungslücken beim überlebenden Ehegatten	250
4. Praktische Schwierigkeiten und Umgehung der Gestaltung	250
5. Ergebnis	252
III. Anrechnung anderweitiger Bezüge	252
1. Versorgungsbezüge aus privater Eigenvorsorge	253
2. Gesetzliche Renten des Hinterbliebenen	254
a. Partielles Anrechnungsverbot nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz	255
b. Kritik	256
c. Ergebnis	258
3. Erwerbseinkommen des Hinterbliebenen	258
4. Anderweitige Betriebsrenten	259
a. Zusammentreffen von eigener Betriebsrente mit Ehegattenversorgung	259
b. Zusammentreffen zweier Vollwaisenrenten	261
5. Gesetzliche Unfallrenten des Hinterbliebenen	261
6. Ersatzansprüchen gegen Dritte	263
7. Ergebnis	263

§ 6. Schlussfolgerung und Ergebnisse	265
A. Conclusio	265
B. Zusammenfassung der wichtigsten Thesen der Untersuchung	266
Anhang: Muster zu den untersuchten Gestaltungen	269
Literaturverzeichnis	275

